

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döhl, Kupferberg, Radesornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 223 **Halver** **Donnerstag, den 22. September** **1927**

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto. —

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb u. Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Spiel und Sport“.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der in Königsberg stattfindende Deutschnationaler Parteitag sandte an den Reichspräsidenten ein Guldigungs-Telegramm.
- * Der Flieger Könnecke hat in Angora seine Zwischenlandung gemacht.
- * Die Vereinigten Staaten drohen Frankreich mit der Eröffnung von Volkswirtschaften, falls ihren Wünschen in Paris nicht nachgegeben wird.
- * Der Polnische Landtag ist von Bismarck auf vier Wochen vertagt worden, ehe er zu einer Beschlussfassung über das Misstrauensvotum gegen die Regierung kommen konnte.

Ein zweites Thoiry?

Die Genfer Völkervereinigung erlischt allmählich wie eine Lampe, der der Brennstoff ausgeht. Englands Außenminister Chamberlain hat eine Mittelmeerreise angetreten, sogar der litauische Staatspräsident ist unangenehmen Erörterungen über die Memelfrage durch eine auffallend plötzliche Abreise aus dem Wege gegangen. Man debattiert noch über allerhand Abrüstungsfragen, Sicherheitsprobleme und sonstiges, was zwar sehr wichtig ist, aber unwichtig wird, wenn die letzten Endes darüber entscheidenden Staatsmänner entweder gar nicht mehr in Genf sind oder schon die Koffer packen. Diese Ergebnislosigkeit der Konferenz gibt den Boden ab für allerhand Gerüchte, die in letzter Stunde emporwachsen. Das neueste darunter ist die Absicht, in einem „zweiten Thoiry“, also in einer neuen geheimen Zusammenkunft zwischen Stresemann und Briand fortzuspannen, was bei dem ersten Frühstück in jenem weltberühmt gewordenen Orte angeknüpft war.

Die Abrüstungs- und namentlich die Sicherheitsfrage, die bekanntlich durch den polnischen Vorstoß ins Rollen gebracht wurde, ist schon unter dem Schutze der verschiedenen Resolutionen so gut wie begraben und ebenso wenig ist noch von dem Genfer Protokoll aus dem September 1924 die Rede; womit Deutschland nicht ganz unzufrieden sein wird, da man uns in diesem Protokoll ja auch eine für uns ganz unmögliche Militärkontrolle aufhalsen wollte. Und jene Resolutionen werden kaum das Papier wert sein, auf das sie gedruckt werden. Da kommt nun der angebliche Vorschlag eines „zweiten Thoiry“ fast als Erlösung, als Oase in der Wüste.

Wir Deutsche werden das freilich nicht immer als eine Kata Morgana bezeichnen, weil schon das „erste“ Thoiry diesen Namen verdient. Denn alles, was damit an Wünschen und Hoffnungen deutscherseits verknüpft wurde, ist geschwunden wie ein Trugbild und ermuntert deswegen wirklich nicht zu einer Neuaufgabe. Auch grundsätzlich nicht; denn in Thoiry sollte ja angeblich eine „vorzeitige“ Rheinlandräumung durch deutsche Zugeständnisse erkauft werden und das gleiche soll jetzt wieder geschehen, während wir doch in Deutschland von der Rechten bis zur Linken der Ansicht sind, durch restlose Erfüllung des Versailler Vertrages ein Recht auf diese frühere Räumung zu haben, so wie es der Artikel 431 dieses Vertrages bestimmt. Ein Recht freilich, dessen Erfüllung wir angesichts unserer Machtlosigkeit nicht erzwingen können, das zu erkaufen durch Aufgabe eines anderen lebenswichtigen Rechtes ganz Deutschland einhellig ablehnt. Soll doch diese neue deutsche „Kompensation“ ein „Ostlocomo“ sein, der ausdrücklich ausgesprochene Verzicht Deutschlands, niemals eine auch friedliche Abänderung unserer Ostgrenzen auch nur anzustreben, geschweige denn erzwingen zu wollen. Dies letztere ist übrigens durch unsere in Verfolg des Locarnoübereinkommens abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei festgelegt worden.

Es ist aber als nächstes in Frankreich immer wieder und ganz offen proklamiertes Ziel französischer Politik bezeichnet worden, ein solches „Ostlocomo“ von Deutschland zu erpressen und dabei als Gegenleistung die „vorzeitige“ Rheinlandräumung zu verheissen. Wir haben aber — siehe das „erste“ Thoiry! — der Beispiele genug dafür, daß die Ausführung derartiger Versprechungen nicht bloß auf sich warten ließ, sondern gar nicht erfolgte. Wir wissen auch, daß Frankreich gar nicht daran denkt, das Rheinland zu räumen, ehe es nicht seine gewaltigen Rüstungspläne bis zum letzten durchgeführt hat und erst dadurch — nach französischer Ansicht — eine genügende Sicherheit vor deutschen Angriffen geschaffen sei. Dann würde also von vornherein ein „zweites Thoiry“ scheitern, selbst wenn man in Paris es über sich gewinnen könnte, nach dem Abschluß eines Ostlocomo zur Gegenleistung zu schreiten. Also würde sich ein solches „zweites“ Thoiry von seinem Vorgänger nicht im geringsten unterscheiden; wir wären wieder in der Lage, vergebens auf jede Gegenleistung warten zu können, — ganz abgesehen davon, daß Deutschland niemals auf das Recht verzichten kann, bei günstiger Gelegenheit die Grenzzeichen im Osten einer Korrektur unterwerfen zu lassen. Wir haben uns einmal auf das Glatteis von Thoiry führen lassen; das mißlungene Experiment zum zweitenmal zu versuchen, dazu wird uns nichts bewegen können.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Hindenburg empfängt den Präsidenten von Liberia.
Der in Berlin weilende Präsident King der Republik Liberia stattete Mittwoch dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen Besuch ab. Der Reichspräsident gab zu Ehren des Besuches ein Frühstück, an dem außer der Begleitung des Präsidenten King und der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichskanzler und Frau Marx, Fürst und Fürstin Bülow, der zurzeit in Berlin anwesende ehemalige österreichisch-ungarische Außenminister Graf

Die Grundsätze der Deutschnationalen

Graf Westarp über deutschnationale Politik.

Der Parteitag in Königsberg.

Der Achte Deutschnationaler Parteitag wurde in der Königsberger Stadthalle eröffnet. Nach Begrüßungsworten sprach der Parteivorstand Graf Westarp dem Reichspräsidenten den Dank der Deutschnationalen Volkspartei dafür aus, daß er an der Stätte von Tannenberg noch einmal in mannhaften und weithin schallenden Worten Zeugnis dafür abgelegt habe, daß das deutsche Schwert, nur zur Verteidigung des Vaterlandes gezogen, rein geblieben ist. Die Denkmalsweihede von Tannenberg sei so zu einem besonders bedeutsamen Auftakt für all die Ehrungen geworden, die das deutsche Volk dem Reichspräsidenten zu seinem 80. Geburtstag bereite. Die Versammlung stimmte darauf begeistert der Absendung folgenden Guldigungs-Telegramms an den Reichspräsidenten zu:

„Unter dem hincureichenden Eindruck der Denkmalsweihede von Tannenberg huldigt der Achte Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei vom Heimatboden aus Euerer Excellenz, dem Befreier Ostpreußens, dem Feldherrn, der die deutschen Heere in vierjährigem Verteidigungskriege gegen die Übermacht einer Welt zu unergänglichen Heldentum geführt hat. Der Name Tannenberg erhält neuen Klang durch die weithin hallenden Worte, mit denen Euer Excellenz für die Reinheit des deutschen Schwertes und die Ehre des deutschen Namens eingetreten sind. Dem hohen Staatsmann, der nach talentreichem Leben in neuem verantwortungsvollen Dienst am Vaterland und Staat Führer unseres Volkes, Vorbild unermüdlicher Pflichttreue und Mähtner zur Einigkeit und Kraft geworden ist, entbieten wir zur bevorstehenden Vollendung des 80. Lebensjahres ehrerbietige Segenswünsche.“

Die politischen Verhandlungen des Deutschnationalen Parteitages begannen mit einem

Referat des Grafen Westarp:

„Unser Weg zur Macht in Reich und Ländern“. Graf Westarp führte darin aus:

Im Reich sind wir Regierungspartei geworden und die Verbindung der Mitte mit uns hat nach langen Zeiten der Regierungsunfähigkeit nunmehr dreiviertel Jahr hindurch feste Regierungsverhältnisse geschaffen und fruchtbringende Arbeit ermöglicht. Wir sind entschlossen, die Regierungsgemeinschaft bei Wahrung unserer grundsätzlichen Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten, solange die Grundlagen nicht erschüttert werden, auf denen sie aufgebaut ist. Aber nicht einen Tag länger — so wie es auch das Zentrum für sich in Anspruch genommen hat. Für die laufende Reichstagsession sehe ich zurzeit manche ernste Schwierigkeit, aber kein unüberwindliches Hindernis für den Bestand der Koalition. Wir sind für die kommende Wahl gerüstet. Der auf dem Kölner Parteitag eingeschlagene Weg ist erst zur geringeren Hälfte zurückgelegt, solange nicht die Macht der Sozialdemokratie in Preußen gebrochen ist. Graf Westarp kam dann auf einige

Fragen der Außenpolitik

zu sprechen. Die Erkenntnis, sagte er, daß die an Locarno, Genf und Thoiry geknüpften Erwartungen von Frankreich und England nicht erfüllt werden, und die Enttäuschung darüber sind immer allgemeiner geworden. Von Deutschland müssen greifbare Erfolge der Völkervereinigung gefordert werden. Die Gleichberechtigung hat auch diese Genfer Tagung nicht gebracht. Die berechtigten schweren Enttäuschungen des gesamten deutschen Volkes hätte nach unserem Wunsch vor der Völkervereinigung in Genf offen und unzweideutig ausgesprochen werden müssen. Das würde den erforderlichen Widerhall in der Welt gefunden haben. Die Überfülle von Bedingungen und Vorbehalten, von denen Frankreich jedes Entgegenkommen abhängig macht, sind nur Vorwände, um am Rhein bleiben zu können. Das eigene Interesse des Rheinlandes verbietet es, auf jeden weiteren Gedanken einer Kompensation für die Räumung einzugehen.

Wir scheitern auch die Stunde gekommen, fuhr Graf Westarp fort, noch einmal amtlich festzustellen, daß Deutschland auf Grund des Artikels 431 rechtlich und vor allen Dingen im Sinne der Locarno- und Völkervereinigung moralisch und politisch den bedingungslosen Anspruch auf sofortige Räumung hat. Bleibt jedoch Frankreich bei seiner feindlichen Ablehnung, so bleibt uns nur die Politik, den Frieden des diplomatischen Lateins.

Auch der Traum, der allgemeinen Abrüstung näherzukommen, scheint ausgeträumt. Wir werden weiter für die allgemeine Abrüstung arbeiten. Auch sie ist ein wohl begründeter und rechtlich-politischer Anspruch Deutschlands. Die Forderung der

Revision unserer Dawes-Lasten

stößt noch auf Widerstand und hat Anlaß zu der Verdächtigung beabsichtigter Vertragsuntreue gegeben. Deshalb ist der Hinweis am Platze, daß der Dawes-Plan selbst seine Ergänzung vorfindet. Neue Verhandlungen sind also unausweichlich. Die deutsche Politik dürfe nicht hypnotisiert nur auf den Westen und auf die Westmächte blicken. Der Redner wandte sich dann der

deutschen Ostmarkenpolitik

zu: Ganz offenkundig sei es Polens Bestreben, noch weitere

Teile der Ostmark an sich zu reißen. Den Anschluß Österreichs, das auch zur deutschen Ostmark gehört, betrachten wir auch heute als nationales Hochziel. Im deutschen Memel sehen wir Litauen am Werke, mit Gewalt und rücksichtsloser Verletzung allen Rechtes den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Ein Ostlocomo als Kompensation für die Rheinlandräumung würde zwecklos sein, wir lehnen es, in welcher Form auch immer, ab. Es wird Polen und Litauen zu Gemüte geführt werden müssen, daß sie auf Verträge irgendwelcher Art mit Deutschland nicht rechnen können, solange sie innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen den Vernichtungskampf gegen das Deutschtum führen und rücksichtslos Völkervereinigung, Völkervereinigung und Rechte Deutschlands mißachten. Graf Westarp bezeichnete es weiter als notwendig, Ostpreußen mit der wirtschaftlichen und finanziellen Kraft des gesamten Deutschen Reiches zu schützen, ebenso Oberschlesien und die ganze Grenzmark.

Darauf beschäftigte sich der Redner mit den

großen innenpolitischen Fragen.

Die Fraktion werde alles daransetzen, den Reichstagen Schutts gegenwärtig noch in diesem Reichstag zu verabschieden. Nicht minder bedeutungsvoll sei die große Reform des Strafrechts.

Der einseitige Streit um Verfassungsfragen, fuhr Graf Westarp fort, dreht sich zunächst um

die Richtlinien der Regierungsbildung.

Wir halten uns für an die Richtlinien gebunden und erfüllen sie loyal. In ihnen ist der Schutz der Verfassung und der Reichsfarben nicht nur gegen rechtswidrige Angriffe, sondern auch gegen herabsetzende Verunglimpfungen zugesagt. Wir haben diese Verpflichtung dem Geiste nach zu erfüllen, also uns auch selbst jeder Gefährdung zu enthalten. Ich richte diesen Wunsch an die uns nahestehende, wenn auch unabhängige Presse. Es geht nicht an, daß sie jede Verbindung an die Richtlinien für sich ablehnt. In den Auseinandersetzungen mit den Regierungsparteien und deren Führern wollen wir schon aus der gebotenen Rücksicht auf die für die Koalition erforderliche vertrauensvolle Zusammenarbeit persönliche Schärfen vermeiden. Auf der anderen Seite setzte Graf Westarp sich entschieden dagegen zur Wehr, daß den Richtlinien ein Inhalt beigelegt werde, den sie nicht hätten. Besonders auch die monarchische Gesinnung und das Recht, für sie einzutreten, habe die Partei sich ausdrücklich vorbehalten. Der Antrag der Sozialdemokratie, den 11. August zum Nationalfeiertag zu machen, könne zur Verlesung des Proklams werden. Gefährlicher Zwang zum Feiern sei jetzt nicht am Platze.

Der Kampf um Flaggen und Farben

werde von der Linken, besonders von der preussischen Regierung, in geradezu grotesken Formen geführt. Das Festhalten an den alten ruhmbedeckten schwarz-weiß-roten Farbenemblem sei keine herabsetzende Verunglimpfung der neuen Farben im Sinne der Richtlinien, im Gegenteil, fuhr Graf Westarp fort, was die Linke gegen Schwarz-weiß-rot unternimmt, das steht im Widerspruch zu der in der Regierungserklärung festgelegten Vereinbarung, daß auch der großen deutschen Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehrfurcht gesollt werden soll. Der Kampf um die Symbole ist durch ein äußeres Kompromiß nicht beizulegen. Ihm liegt der Grundsat der Anschauungen zugrunde.

Der Redner schloß mit einer Zusammenfassung der Grundsätze der Partei, unter denen er besonders die Politik der Befreiung deutschen Bodens von der Fremdherrschaft hervorhob, ferner den monarchischen Gedanken und die Farben Schwarz-weiß-rot. Die Rede fand an zahlreichen Stellen spontanen Beifall.

Reichsernährungsminister Schiele

sprach sodann zu dem Thema „Die deutsche Wirtschaft und der Osten“. Der Weg zu dem Ziel einer wirtschaftlichen Verbesserung auf der Einfuhrseite unserer Bilanz führt über eine verstärkte Agrarpolitik. Der energisch einsetzenden Selbsthilfe der Landwirtschaft muß eine wohlwollende Unterstützung von Reich und Staat fördern unter die Arme greifen. Dabei ist ein gewisser Schutz vor unentbehrlich. Erforderlich sind weiter Kredite zu billigem Zinsfuß und endlich Zeit. Über die wirtschaftliche Lage der Provinz Ostpreußen erklärte der Minister, daß die ostpreussische Landwirtschaft an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen und damit die gesamte Wirtschaft Ostpreußens auf stärkste bedroht ist. Wir müssen von nun an Landarbeiterwohnungen und neues Bauernelgentum schaffen, um den Geist der Freiheit und des Eigentums, den Geist einer gesicherten Familie im Volke wieder wachzurufen. Abg. Dr. v. Winterfeld sprach über „Preußen und der Osten“. Er bedauerte, über die gegenwärtige politische Lage und die Frage der Regierungsbildung in Preußen nur Unreifeheiten berichten zu können. Selbstverständlich besteht unser Wille, so betonte er,

in Preußen an die Macht zu kommen,

auch heute noch fort, um so mehr, als viel an Preußen verborgen ist und die Arbeit im Reich durch die preussischen Widerstände sehr erschwert wird. Kuhl bis ans Herz müssen wir in der Gesetzgebung auf das Zentrum, solange wir in der Opposition stehen, keine Rücksicht nehmen, und es ihm überlassen, ob es glaubt, auf die Dauer mit der religionsfeindlichen Sozialdemokratie zusammengehen zu können. Zum gleichen Thema sprach als zweiter Referent der Bevollmächtigte Ostpreußens im Reichsrat, Freiherr von Gayl, der forderte, daß die deutsche Politik endlich mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit nach Osten richtet und daß alles geschieht, um das äußerste deutsche Ostvolk lebens- und verteidigungsfähig zu erhalten. Auch er trat für Schaffung einer wesensgleichen Regierung im Reich und in Preußen ein.

die kirchliche Ausweisung mehrerer reichsdeutscher Redakteure aus dem Memelgebiet Einspruch erhoben wird. Dr. Stresemann antwortete aus Genf, daß die Ausweisung der reichsdeutschen Redakteure aus dem Memelgebiet sowie die sonstigen zahlreichen und berechtigten Beschwerden des Memellandes den Gegenstand von Verhandlungen zwischen ihm und dem litauischen Ministerpräsidenten Wolde-maras gebildet hätten. Sie sollen Ende des Monats in Berlin weitergeführt werden. Stresemann sagt weiter, er werde sich auch weiterhin auf das nachdrücklichste dafür

Gernin, Reichswehrminister Geßler sowie einige Vertreter des Auswärtigen Amtes teilnehmen. Nachmittags erwiderte Staatssekretär Dr. Meißner im besondern Auftrage des Reichspräsidenten den Besuch im Hotel Eden, wo Präsident King während seines Berliner Aufenthaltes wohnt.
Stresemann und die Memeler Redakteure.
Der Wahlkreisverband Ostpreußen der Deutschen Volkspartei hatte an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein Telegramm gerichtet, in dem gegen

Der Fassadenkletterer im Smoking.

Der Prozeß gegen den Einbrecher Wald.
Einen so geschickten Kerl wie den 27jährigen Fassadenkletterer Fritz Wald, der in wenigen Jahren 55 Einbrüche verübt hat, haben die Berliner Gerichte wohl selten gesehen. Wald hat bei seinen nächtlichen Besuchen für etwa zwei Millionen Mark Juwelen erbeutet. Die Fehler haben aber an seiner Beute mehr verdient als er selbst; sie gaben ihm für den ganzen Senat nur 42.000 Mark. Wald hatte die Schnur, sich ein Geschäft zu gründen, was aber bei seinem großspurigen Leben und den Freundschaften zu kostspieligen Frauen bei einem Gesamteinkommen von 42.000 Mark innerhalb von zwei Jahren nicht gut möglich war. Die Leute, denen er die wertvollen Perlen und Brillanten genommen hat, hat er, wie er meint, kaum geschädigt, denn so reiche Leute sind ja gewöhnlich versichert! Der Vorsitzende des Gerichts bemerkte, daß man „nur“ über 18 Einbrüche in Berlin und Hamburg verhandeln könne, da über den übrigen 37 noch nicht genügend Material vorhanden wäre. Wald meinte darauf mit großspuriger Geste, daß es auf „ein paar Einbrüche mehr oder weniger“ nicht ankomme. Nach seinen ersten Erfolgen lernte er in einem Hamburger Tanzlokal eine ältere elegante Dame kennen, die Gefallen an ihm fand und bei der er dann wohnte. Sie erzählte ihm viel von ihren reichen Bekannten, denen er dann reichlich „Besuche“ abstattete. Im Smoking oder eleganten Straßenanzug kletterte er nachts durchs Fenster und hatte bei den Einbrüchen, was Beute betrifft, einen Riesenerfolg. Eine zweite Berliner Dame, die mit der Hamburgerin zusammen auf der Anlagebau neben Wald sitzt, war etwas klüger und hübscher, weshalb er sie auch heiraten wollte. Aber sie verlangte 500 Mark Wirtschaftsgeld monatlich und das war ihm bei den schlechten Preisen, die er für seine Perlen in Hehlertreihen bekam, zuviel.
Wald hat übrigens schon einige Jahre Gefängnis hinter sich. Er hat nach der ersten Gefängniszeit nicht ins bürgerliche Leben zurückfinden können und widmete sich dann dem Berufe eines Fassadenkletterers, da er „als Aushilfskletterer und ungelernter Arbeiter“ nicht genug zurücklegen konnte.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten v. 21. September.

Kein Ausscheiden Dr. Luthers aus der Reichsbahn.

Berlin. Das Mandat des früheren Reichsanzlers Dr. Luther im Verwaltungsrat der Reichsbahn läuft sechs Jahre. Er wird daher, für die nächsten Jahre entgegen umlaufenden Meldungen aus dem Verwaltungsrat nicht ausscheiden. Der Anspruch der preussischen Regierung auf ein Mandat soll im nächsten Jahr berücksichtigt werden.

Minister Orzeszinski über Landkreise und Städte.

Berlin. Auf der Tagung des Preussischen Landkreistages, die im Sitzungssaal des Preussischen Staatsrates stattfand, äußerte sich der preussische Innenminister Orzeszinski über das Verhältnis des Landkreises zum Stadtkreis. Er betonte, daß beide als gleichberechtigte Faktoren nebeneinander innerhalb des Verwaltungssystems bestehen müßten. Er selber hebe, wie seine Kommunalabteilung, auf dem Standpunkt, daß eine Änderung von kommunalen Grenzen auf Kosten der Landkreise zugunsten der großen Städte nicht durchgeführt werden dürfte; bei jeder Änderung kommunaler Grenzen müßten vielmehr die Interessen beider Parteien abgewogen werden. Es gelte in erster Linie, beide Teile in ihrer Lebensfähigkeit zu erhalten. Der Minister betonte, die Landkreise müßten unbedingt ihrer persönlichen politischen Meinung stets sich bewußt sein, daß für sie an erster Stelle die Wahrung der Gesetze und der Verfassung des heutigen Staates zu stehen habe.

Reichsminister von Kündell auf dem dem deutschen nationalen Parteitag.

Königsberg. In der Nachmittagsitzung nahm auch Reichsinnenminister von Kündell das Wort. Er kam zurück auf kürzliche Ausführungen des Reichsanzlers und sagte dabei, man könne sicher auf Worte eines solchen Mannes vertrauen. Herr von Kündell beschäftigte sich dann mit der Flaggenfrage und dem Erlaß des Reichswehrministers Geßler. Man könne die Flaggenfrage nicht allein vom materiellen Standpunkte aus betrachten, sondern müsse auch die

idealen Gesichtspunkte dabei berücksichtigen. Der Minister schloß mit den Worten, die Zukunft werde einmal von seinen Parteifreunden sagen: Sie waren mehr, als sie schienen.

Eine letzte Botschaft Nungessers und Colis?

Amsterdam. „Het Volk“ zufolge hat die Gemahlin eines sozialdemokratischen Abgeordneten am Nordseestrand südlich von Scheveningen eine Flaschenpost gefunden, in der eine angebliche Botschaft der beiden seinerzeit vermissten französischen Ozeanflieger Nungesser und Coli enthalten sein soll. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Wir sehen den Leuchtturm von Calais. Wir sind im Kanal in die See gefallen. Nungesser und Coli an Bord des „Weissen Vogels“.“ Das Schreiben ist nach Paris gesandt worden zur Untersuchung, ob man es hier mit einem schlechten Scherz oder wirklich mit dem letzten Lebenszeichen der verunglückten französischen Ozeanflieger zu tun hat.

Vertagung des polnischen Senats.

Warschau. Ministerpräsident Pilsudski hat nunmehr auch die Vertagung des Senats um längere Zeit ausgesprochen.

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte vom Verkaufstage 20. September 1927.

Auftrieb: 3069 Stück Ferkel und Läufer Schweine. Es kosteten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittsqualität):
6—8 Wochen alt RM. 10.— bis 14.—
8—12 Wochen alt RM. 15.— bis 23.—
Läufer Schweine:
3—4 Monate alt RM. 24.— bis 36.—
4—6 Monate alt RM. 37.— bis 55.—

Markterverkauf: Bei gedrückten Preisen flauer Geschäftsgang. Vom 1. Oktober ab: Auftrieb 8 Uhr, Hallenöffnung 7 Uhr früh.

Schriftleitung: Wilh. Dell jr., Halver i. Westf.

Flugtag

Passagierrundflüge - Kunstflüge - Fallschirmabsprung

Eintritt: Startplatz 1 Mk., Zuschauerplatz 0.50 Mk. Kinder und Erwerbslose halbe Preise.
Vorverkauf in dem durch Plakate kenntlich gemachten Stellen.

Sonntag, den 25. Sept. 1927 nachm. 3 Uhr

auf den provisorischen Flugplatz
an der Tingslinde bei Kierspe

Veranstalter: Flugverein Kierspe i. Westf.

Mieter-Verein des
Amtsbezirks Halver
e. V.

Samstag, d. 24. Sept.,
abends 7 1/2 Uhr, im Lokal
Gasbender

General- Versammlung.

Tagesordnung wird in
der Versammlung be-
kanntgegeben.

Da wichtige Punkte zur
Verhandlung stehen, wird
um Erscheinen sämtlicher
Mitglieder gebeten.

Der Vorstand.



Landwehr-
verein
Oberbrügge

General- Versammlung

am Sonntag, d. 25.
Sept., nachm. 6 Uhr im
Vereinslokal Fr. Wille,
Schringshausen

Tagesordnung:

1. Sterbegeldversicherung
2. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erschei-
nen wird dringend gebeten
der Vorstand.

Wasche u. bügele
Stärkemäsche

Anna Steller
Halver, Eichholz 1.

Einige gebrauchte

Kisten

hat abzugeben

Wilh. Dell jr.
Halver.

Herde, Ofen u.
Waschmaschinen

G. Dehn, Halver
Hagenstraße.

la Eiderfettkäse 20%
9 Pfd. Mk. 6.30 franko
Dampfkäsefabrik
Rendsburg

Die Mode der neuen Saison



Sehen Sie sich bitte
unsere Auswahl an!

Sie wurde unter Hereinnahme bester
Erzeugnisse der angesehensten At-
eliers zusammengestellt und enthält

reizvolle Neuheiten in Damen-Kleidung, Putz, Kleider u. Seidenstoffen

die das Entzücken jeder Dame bilden.

Besonders erfreut die
große Preiswürdigkeit.

Alsborg

LÜDENSCHIED



Öffentliche Mahnung.

Die staatliche Steuer vom Grundvermögen
und die Hauszinssteuer für den Monat September,
werden hiermit öffentlich angemahnt. Ab 25.
September erfolgt zwangsweise Beitreibung.
Verzugszinsen werden vom Fälligkeitstage ab
erhoben.

Lüdenscheid, den 21. September 1927.

Die Amts- und Gemeindekassenverwaltung.



Pferde- Vieh- u. Schweinemarkt

Montag, den 3. Oktober 1927,
in Wipperfürth

Wegen Familienfeier ist mein Lokal am
Samstag, den 24. September 1927,
geschlossen
Wilhelm Werdes, Neuenhaus.



Wir stellen noch ein
mehrere

Arbeiterinnen

mehrere

igdl. Arbeiter

einen

Schlosserlehrling.

Metallwarenfabrik Halver

P. W. Saurand
G. m. b. H., Halver.

Empfehle zur
Herbstdüngung

Thomasmehl

Kainit

Kalifalz 40%

Ammoniak-Super-

phosphat 9x9

Amn.-Superph. 7x9

5x10

" Knochenmehl

Schwefel-Ammoniak

Düngesalz usw.

E. Zimmermann,
Ohl, Wes. Cöln

Tel.: 11 Amt Königsf.